

SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM HERBST 1960

Die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens

Die vorsorgliche Kündigung des Interzonenhandelsabkommens zum Jahresende durch Westdeutschland ist für die mitteldeutsche Wirtschaftsverwaltung in erster Linie in der Versorgung der Industrie mit Stahl und Blechen zu einem seit Wochen heftigst diskutierten Sonderproblem geworden. Betriebsberatungen, Konferenzen der Techniker und Konstrukteure, Selbstverpflichtungen, Wettbewerbe und Verbesserungsvorschläge kreisen nur um diese zentrale Frage. Bemerkenswert ist dabei, daß als Grund der Kündigung in der mitteldeutschen Presse nicht etwa die Störungen im Berlin-Verkehr, sondern der angebliche Wunsch Bonns angegeben wird, durch diese Maßnahme die Wirtschaftsentwicklung der SBZ nachhaltig zu beeinträchtigen. Plötzlich entdecken offizielle Stellen in Ost-Berlin wieder ihre gesamtdeutschen Interessen. Aus dieser heftigen Reaktion, deren Argumente die Bevölkerung Mitteldeutschlands in Kenntnis der wahren Zusammenhänge nicht ernst nimmt, spricht die schwerwiegende Bedeutung dieses, den kommenden Volkswirtschaftsplan bedrohenden Schrittes.

Sollte kein neues Abkommen geschlossen werden, so kämen die metallverarbeitende Industrie der Zone und mit ihr die mit Vorrang belieferten Abnehmer in den Ostblockstaaten in ernste Schwierigkeiten. Ersatz aus der Mobilisierung eigener Reserven für die möglicherweise ausfallenden westdeutschen Lieferungen ist kaum realisierbar. Große Hoffnungen setzt man darauf, daß andere westeuropäische Länder an die Stelle der Bundesrepublik treten. Die von Bonn am Tage der Kündigung behauptete Solidarität der NATO-Partner wird stark angezweifelt. Inwiefern das berechtigt ist, ließe sich erst dann feststellen, wenn kein neuer Vertrag über den Interzonenhandel zustande käme. Aller Optimismus Pankows kann ja nicht darüber hinwegtäuschen, daß in diesem Falle westeuropäische Ersatzlieferanten wohl schwerlich an Gegenlieferungen der Zone interessiert wären, wie sie zum Ausgleich der westdeutschen Lieferungen im Interzonenhandel möglich waren, nämlich z. B. an Braunkohlenbriketts und Erzeugnissen der Mineralölindustrie.

Die westdeutsche Kündigung, bei deren Erörterung in amtlichen Stellungnahmen Ost-Berlins die Tatsache des völligen Mangels an Devisen unerwähnt bleibt, wird aber zum Anlaß genommen, in der gesamten Wirtschaft einen neuen „Kampf um bessere Planerfüllung und gesteigerte Aktivität“ zu inszenieren.

Ernste Probleme

Wurde für die ersten acht Monate des Jahres 1960 eine Zuwachsrate der industriellen Bruttoproduktion von 9,5 vH angegeben, so sprach der Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik für die ersten drei Quartale nur noch von einem Zuwachs in Höhe von 8,4 vH. Im September muß demnach das Tempo der Produktionszunahme spürbar gesunken sein. Vergleicht man die Zuwachsraten der einzelnen Industriezweige mit denen für das erste Dreivierteljahr 1959, so fällt vor allem der Unterschied beim Schwermaschinenbau auf — damals 20,4 vH Zuwachs, heute nur noch 8,7 vH. Über der Gesamtzuwachsrate von 8,4 vH lagen bei der zentral verwalteten Industrie, die das eindeutige Schwergewicht des Industriearrangementes umfaßt, außer dem Schwermaschinenbau nur noch die elektrotechnische Industrie mit 16,4 vH Zuwachs (im gleichen Zeitraum des Vorjahres noch 20,8 vH) und der Werkzeugmaschinenbau mit 9 vH. Daß die Konsumgüterindustrien wiederum die niedrigsten Zuwachsraten ausweisen, ist zwar für den mitteldeutschen Verbraucher bedauerlich, entspricht aber durchaus dem Plan.

Bestimmt *nicht* planmäßig sind jedoch die Leistungen der Eisen- und Stahlindustrie; denn mit 3,7 vH, 2,6 vH und 3,4 vH weist die Erzeugung von Roheisen, von Rohstahl und von warmgewalztem Walzstahl die niedrigsten Zuwachsraten aus. Das hat verschiedene Ursachen, von denen der Planbericht nur einige nennt. Investitionsvorhaben im Stahl- und Walzwerk Brandenburg und im Walzwerk Finow wiesen Rückstände auf. Die Versorgung mit elektrischem Strom sei ebenfalls nicht reibungslos verlaufen.

Der inzwischen gebildete „zentrale Operativstab für den Stahlwettbewerb im Berg- und Hüttenwesen“ mußte auf einer seiner letzten Sitzungen feststellen, daß die Koordination der von den einzelnen Werken entwickelten neuen technologischen Verfahren sehr im argen liegt, daß die Wettbewerbsziele nicht erreicht wurden und die Arbeitsorganisation vielfach zu wünschen übrigließ.

Gerade jetzt, wo die Gefahr akut geworden ist, daß die westdeutsche „Stahlquelle“ versiegen könnte, müssen Mängel und Störungen in der eigenen Erzeugung in der SBZ doppelt unangenehm wirken. Die Stahlwerker haben zwar bisher 8500 t Walzstahl zusätzlich produziert, aber das sind 4000 t weniger, als

sie liefern sollten. Sie entschuldigen sich damit, daß die Transportleistung der Eisenbahn und die Leistung der Kraftwerke nicht Schritt gehalten haben, daß sie nicht im erforderlichen Umfang mit feuerfestem Material höchster Qualität zur Verkürzung der sonst anfallenden Reparaturzeiten beliefert worden seien und daß der Maschinenbau bei der Zurverfügungstellung von Kränen und Schrottpresen Rückstände aufzuweisen habe.

Die jahresübliche Verkehrsspitze im Herbst hat sich in der Zone diesmal besonders stark ausgewirkt — trotz des günstigen Wetters. Aber es ist nicht ohne Ironie, daß die Reichsbahn ausgerechnet Großbetriebe der Stahlindustrie, wie den VEB Brandenburg, dafür verantwortlich macht, daß die Waggonbeschädigungen „astronomische Ziffern“ erreicht hätten; 26 000 im Jahre 1958, 32 000 1959 und bis August 1960 bereits knapp 23 000, was für dieses Jahr einen Ausfall von 68 000 Betriebstagen und Frachtausfall im Werte von 1,1 Mrd. DM bedeute. Der VEB Brandenburg habe zwar mit der Reichsbahn einen Wettbewerb zur Senkung der Demolierungen abgeschlossen, aber im Verlauf dieses Wettbewerbes seien die Beschädigungen weiter gestiegen.

Auch die Mansfelder Kumpel wollen den „westdeutschen Kriegstreibern das Konzept verderben“. Sie haben eine „Produktions-Olympiade eröffnet, in deren Verlauf sie die bestehenden Planrückstände aufholen und die Einführung besserer technologischer Verfahren durchsetzen wollen. Der Leiter des Berg- und Hüttenwesens in der Plankommission, *Markowitsch*, wies Anfang Oktober in einem Interview darauf hin, daß Produktionsrückstände bei Rohstahl in Blöcken und warmgewalztem Stahl bestünden, daß die halbzeugproduzierenden Werke nicht plangemäß lieferten und daß die Ausschußproduktion vor allem in der Gießereiindustrie noch immer zu hoch sei.

Brennpunkte: Materialversorgung — Technologie

Kein Wunder, daß das Problem der Materialeinsparung in der metallverarbeitenden Industrie und die Verbesserung der Technologie im Maschinenbau jetzt besonders groß geschrieben werden. Man muß sich nur wundern, daß die in der Fachpresse geschilderten Mängel in einer Staatsplanwirtschaft noch nicht abgestellt worden sind. Sie waren ja nicht unbekannt. Vielleicht wäre man weiter damit, wenn man die verantwortlichen Ingenieure und Direktoren in einem bestimmten Verhältnis an der dadurch verursachten Verlustwirtschaft zu Lasten ihrer Gehälter beteiligt hätte. Die Technologenkonferenz des Maschinenbaus in Leipzig soll ja doch eindeutig ergeben haben, daß die Leitungen der Werke zu einem großen

Teil noch nicht erkennen, daß in ihren Plänen technologische Verbesserungen „völlig ungenügend“ berücksichtigt worden seien.

Unberuhigter Stahl sei bisher zuwenig verwendet worden. Das Ziel sei, in seiner Verwendung auf insgesamt 40 vH zu kommen. Die aus Schadenfällen an geschweißten Brücken und geschweißten Schiffskonstruktionen genährten Bedenken der Betriebe sollen damit zerstreut werden, daß „weniger die Anwendung des unberuhigten Stahls zu befürchten, sondern vielmehr die unzweckmäßige Anwendung“ schuld sei. Allerdings muß die Stahlberatungsstelle Fieberg zugeben, daß die Richtlinien für Verwendung solchen Stahls für niedrige Temperaturen aber auch für Wärmebehandlung nicht einwandfrei seien. Die Verbraucher stoßen sich außerdem an der mangelhaften Kennzeichnung der einzelnen Stahlqualitäten. „Jeder Betrieb, der nicht über ein eigenes Labor zur Werkstoffprüfung verfügt, arbeitet gutgläubig und hat in der Vergangenheit bereits dadurch viele Schwierigkeiten auf sich nehmen müssen.“ Immer wieder ist vorgeschlagen worden, daß der Stahlhandel die Qualität des von ihm gelieferten Stahls garantieren bzw. nur attestieren sollte, was jedoch stets abgelehnt worden sei.

Auch an den ungleichen Längen von Stabstahl stoßen sich die Verbraucher. Nach dem Urteil des VEB Stahl- und Walzwerk „Wilhelm Florin“ gibt es in der Zone keinen einzigen Betrieb, der exakt laufende Heißeisensägen liefern kann, mit denen sich „relativ gratfreies Material im heißen Zustand bei laufender Produktion auf Fixlängen“ einwandfrei schneiden läßt.

Weitere Schwerpunkte der Kritik in dem bereits erwähnten Planbericht gelten der chemischen Industrie und der Brennstoffindustrie. Die Erzeugung von Schwefelsäure und von Briketts sei unter dem Planziel geblieben. Aus der Fachpresse ist weiter zu erfahren, daß die Betriebe der WB Mineralöle und organische Grundstoffe — auch wegen einer „relativ guten“ Versorgung mit Erdöl — zwar besonders gut gearbeitet hätten, daß jedoch bei der Inbetriebnahme neuer Kapazitäten im Buna-Werk Schwierigkeiten aufgetreten seien, unter denen die Betriebe der WB Elektrochemie und Plaste besonders gelitten hätten. Coswig weise in der Schwefelsäureproduktion Rückstände auf. Schwierigkeiten bestünden auch in der Belieferung mit Zellstoff und Regeneratfasern, und die Versorgung des Maschinenbaus und des Automobilbaus mit Reifen und Dieselmotortreibstoff wird ebenfalls als ungenügend bezeichnet.

Die „Schlacht um die Kohle“

In der Brennstoffindustrie wird von einer „Schlacht um die Kohle“ gesprochen. Der Wettergott war bisher noch gnädig. Der sonst

übliche erste Frosteinbruch im Oktober ist ausgeblieben. Im Revier Borna sollen die Planrückstände aus den drei ersten Quartalen ausgerechnet in den letzten Monaten aufgeholt werden. Das hat mit Planung wirklich nichts mehr zu tun, sondern ist nichts als eine Spekulation auf möglichst späten Frostbeginn. In den Betrieben der VVB Braunkohle Halle stagnierten schon in den günstigen Sommermonaten Juli und August Rohkohlenförderung und Briketterzeugung, während die Abraumbewegung sogar zurückging. Jetzt muß aufgeholt werden. Die beiden Braunkohlenwerke „Einheit“ und „Erich Weirner“ dieser VVB, haben bei Abraum eine Planschuld von zusammen 9 Mill. Kubikmeter, bei Kohle knapp 800 000 t und bei Briketts 147 000 t. Auch die Qualität der Briketterzeugung wird scharf kritisiert, vor allem die der Betriebe im Geiseltal. „In der VVB Braunkohle Merseburg hat sich nichts geändert, trotz der Reorganisation der ehemaligen HV Braunkohle, trotz der vorjährigen Monstre-Qualitätskonferenz in Profen. Eine harte Feststellung, die gerade wegen ihrer Tragweite nicht verschwiegen werden darf.“

Der größte „Brikettschuldner“ der Zone ist jedoch die neu errichtete Brikettfabrik „Schwarze Pumpe“. Fast die Hälfte aller Planrückstände kommt allein auf ihr Konto. Die Druckfestigkeit ist noch zu gering und der Wassergehalt zu hoch. Bei zu langer Lagerung lösten die Briketts sich in Staub auf. Die Heizkraft war entsprechend gering. Als Gründe werden genannt: das ungenügende Formzeug und die kleine Zahl wirklicher Fachkräfte. Die meisten Arbeiter haben noch nie eine Brikettfabrik von innen gesehen. „Es kommt immer wieder vor, daß wir solche Neulinge nach wenigen Tagen Anlernzeit an ein Aggregat stellen müssen.“ Dann seien aber Bedienungsfehler und Pannen unausbleiblich.

Die hier von uns dargestellten Mängel und Schwierigkeiten sind seit vielen Jahren kennzeichnend für die mitteldeutsche Wirtschaft, ohne daß es den leitenden Organen gelungen wäre, einen grundlegenden Wandel zu schaffen. Es fehlt an Rohstoffen und Fertigungsmaterialien, an Arbeitskräften, Energie, moderner Technologie, fähigen Werksleitern, durchdachter Arbeitsorganisation, es fehlt in der Leicht- und Konsumgüterindustrie an Kapazitäten, an modernen Maschinen und Ausrüstungen und zu allem Übel ist die Leistung der Verkehrsbetriebe ungenügend und von ständigen Havarien bedroht.

Trotzdem gibt es auch Erfolge

Bei solcher Sachlage verdienen es wirtschaftliche und technisch-industrielle Erfolge, die trotz all der Störungen des Wirtschafts-

ablaufes auch zu verzeichnen sind, besonders herausgehoben zu werden, nicht als Beweis für die Qualität dieses Systems, sondern als Beweis für die Unverwüstlichkeit deutschen Schaffensdranges.

Im Oktober ist in Tautenburg bei Jena eines der größten und leistungsfähigsten Spiegelteleskope der Erde, entwickelt und gebaut in den Jenaer Zeißwerken, in einem Observatorium aufgestellt worden. Es handelt sich um ein 2-m-Universal-Spiegelteleskop mit einer Lichtstärke von 1:3. Im Bezirk Chemnitz, in St. Egidien, geht die Nickelhütte langsam aber sicher ihrer Vollendung entgegen. Der erste 90 m lange Drehofen soll in diesen Tagen mit der Produktion beginnen und einheimische Nickelerze zu Nickelluppen verarbeiten, aus denen dann Reinnickel entsteht. St. Egidien wird nach Fertigstellung die größte deutsche Nickelhütte sein und die Zone von Nickelimporten unabhängig machen. Im Senftenberger Braunkohlenrevier entsteht gegenwärtig in Trebendorf im Kreis Weißwasser der erste gleislose Tagebau, bei dem Abraumbewegung und Kohleförderung ausschließlich im maschinellen Bandbetrieb bewältigt werden. In Zwickau ist der erste Bauabschnitt der neuen Kokerei mit 30 Öfen, nach allerdings zweijähriger Bauzeit, im Steinkohlenwerk „August Bebel“ in Betrieb genommen worden. Nach einer Bauzeit von 81 Tagen hat die Neptunwerft, Rostock, das 61. Schiff einer für die Sowjetunion bestimmten 4500-t-Serie vom Stapel laufen lassen.

Landwirtschaft und Ernährung — starke Spannungen

In der Berichterstattung über die Entwicklung der Landwirtschaft ist jedoch nicht viel Positives enthalten. Offensichtlich hat die drastische Umschaltung von der privaten zur kollektiven Bewirtschaftung in der Viehhaltung ernste Folgen gehabt. Erhebliche Tierverluste werden zugegeben, und noch heute seien die Schlachtungen von Kühen und Färsen zu hoch. Die Kuhbestände konnten nicht planmäßig vergrößert werden, worunter auch die Milcherzeugung litt, vor allem in den Bezirken Magdeburg, Halle, Schwerin, Neubrandenburg und Erfurt. Gegenüber dem Herbst des Vorjahres hat die Zahl der Kühe zwar geringfügig von 2,142 Mill. Stück auf 2,174 zugenommen, aber sie liegt damit noch immer weit unter der Zahl, die das Ziel des 1. Fünfjahresplanes war, nämlich 2,6 Mill. für 1955. Außerdem blieb auch das Aufkommen an Schlachtschweinen unter den Planansätzen, ganz besonders in den Bezirken Frankfurt/O., Schwerin, Neubrandenburg, Magdeburg und Halle. Obwohl also zuwenig geschlachtet worden ist, liegt der Bestand an Schweinen in diesem Herbst mit 8,476 Mill. Stück noch

immer unter dem des Dezember 1955 mit über 9 Mill. Stück. Das hat sich in der Warenbereitstellung für die Versorgung der Bevölkerung so ausgewirkt, daß bis zum Herbst dieses Jahres — verglichen mit der gleichen Vorjahrszeit — nur 1 vH mehr Butter sowie Trinkvollmilch, nur 2 vH mehr Fettkäse und nur 4 vH mehr Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren angeboten werden konnten. In den letzten Wochen hatten die Fleischereien in vielen Orten Mitteldeutschlands nichts mehr zu verkaufen.

Ein Ausgleich ausfallender Eigenerzeugung durch erhöhte Einfuhren ist der Zone nicht möglich, schon gar nicht auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung. Die Einfuhren von Rohstoffen und Industriewaren haben noch immer den Vorrang. Hinzu kommt, daß in diesem Jahr das Tempo der Außenhandelsentwicklung der Zone gegenüber dem Vorjahr erheblich langsamer geworden ist. Der Umsatz stieg 1959 noch um 15 vH, bis zum Herbst dieses Jahres aber nur um 7 vH. „Bei einer Reihe von Erzeugnissen, insbesondere der metallverarbeitenden Industrie und der chemischen Industrie, wurden die Exportverpflichtungen nicht termingemäß erfüllt.“ Während die metallverarbeitende Industrie als einziger Industriezweig nach dem amtlichen Bericht ihren Produktionsplan nicht erfüllte, wodurch naturgemäß auch die Exportleistung beeinträchtigt wurde, hat die chemische Industrie trotz Erfüllung des Produktionsplanes im Export ebenfalls Rückstände aufzuweisen. Erklärungen sind dazu nicht gegeben worden. Gesteigerte Einfuhren hätten aber auf jeden Fall erhöhte Exportleistungen zur Voraussetzung gehabt.

Dadurch, daß sich in diesem Herbst die Kartoffel- und Zuckerrübenerte zeitlich überschritten, machte sich der Mangel an Arbeitskräften und an Transportraum besonders nachteilig bemerkbar. Zehntausende „freiwilliger“ Helfer mußten an den Wochenenden mit zugreifen. In einer ganzen Reihe von Kreisen soll dieser Ernteeinsatz jedoch sehr schlecht organisiert worden sein. So kam es vielfach dazu, daß an verschiedenen Orten die vorhandenen Wagen der Reichsbahn nur zum Teil beladen wurden, während die Erntehelfer an anderen Orten vergebens auf Wagen warteten. Auch die Entladungszeit der Wagen soll wegen fehlender Arbeitskräfte durchweg zu lang gewesen sein.

Kritik an der Leistung der Bauwirtschaft

Sicher hat der Mangel an Arbeitskräften auch dazu beigetragen, das Entwicklungstempo der Bauproduktion zu bremsen, nicht nur im Industrie-, sondern auch im Wohnungsbau. Das wird vor allem für die Bezirke Halle, Gera, Chemnitz und Leipzig angeben. Ins-

gesamt ist der Plan der Bauproduktion nicht realisiert worden.

Darunter dürfte wieder der Wohnungsbau besonders gelitten haben. Um diesen Eindruck zu verwischen und seine Leistungen hervorzuheben, brachten amtliche Stellen kürzlich die Meldung, daß in den letzten 11 Jahren in Mitteldeutschland insgesamt 442 000 Wohnungen neu errichtet worden seien. Die Jahresleistung 1960 soll bis Ende September bei 41 000 Wohnungen gelegen haben. Das sind Ergebnisse, die sich neben der in Westdeutschland erzielten Leistung recht kümmerlich ausnehmen. Dabei muß man jedoch daran denken, daß die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik steigt, während sie in Mitteldeutschland sinkt. Die Flucht abwanderung nach dem Westen war in diesem Jahr erheblich stärker als im Vorjahr. Dieser ständige Aderlaß hat dazu geführt, daß die Wohndichte in der Zone heute geringer ist als in Westdeutschland, und zwar um rund 5 bis 7 vH. Aber was sind das zum Teil für Wohnungen! Gewiß ist auch bei uns, vor allem im Zusammenhang mit dem Lücke-Gesetz, der Begriff der Bruchbuden in die öffentliche Diskussion geraten, aber im Vergleich zum Bundesgebiet ist die Zahl der Notwohnungen in Mitteldeutschland, nach Ermittlungen kompetenter Fachleute, relativ hoch.

Betrachtet man darüber hinaus die Altersstruktur der übrigen Wohnungen, so läßt sich schon als Folge der sehr niedrigen Neubaulistung in Mitteldeutschland auf ein dort höheres Durchschnittsalter der Wohnungen schließen. Trotzdem dürfte es manchen überraschen zu erfahren, daß das Durchschnittsalter in der SBZ um 40 vH über dem Bundesdurchschnitt liegt. Mehr als 20 vH der Wohnungen stammen aus der Zeit von vor hundert Jahren. Rund 43 vH haben ein Alter von 50 bis 100 Jahren. Diese Wohnungen konnten aber wegen des für diesen Bereich seit vielen Jahren bestehenden Baustoff- und Finanzierungsmangels nicht so erhalten werden, daß sie heutigen Ansprüchen genügende, vollwertige Wohnungen wären. Die in der SBZ nach dem letzten Kriege errichteten Wohnungen sind ihrerseits mit großen Qualitätsmängeln belastet. So kommt man zu dem Schluß, daß der Vorsprung, den die geringere Wohndichte, die Zahl der Personen auf eine Wohnung, darstellt, in Wirklichkeit sehr fraglicher Natur ist, weil er aufgefressen wird durch Qualitätsmängel.

In diesem Zusammenhang verdient auch das sogenannte Nationale Aufbauwerk (NAW) Erwähnung. Es ist das Ergebnis der mehr oder minder freiwilligen außerberuflichen Aufbauleistung und der Geld- und Sachspenden der Bevölkerung zur Entlastung der Ausgabenseite des Staatsetats. Im Jahre 1952 ist das NAW in Ost-Berlin für den Wohnungsbau und die Schaffung von Grünanlagen ein-

gesetzt worden. Es wurde zu einer kaum vermeidbaren Pflicht für alle Arbeitnehmer, aber auch die aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedenen sind daran beteiligt. Im vorigen Jahr soll der Arbeitnehmer im NAW durchschnittlich 29 Stunden gearbeitet haben, natürlich ohne Bezahlung. Auf den damals, 1952, im Vordergrund stehenden Zweck entfallen jedoch heute nur noch rund 40 vH der Leistungen, also auf Entrümmerung, Wohnungsbau, Straßenbau, Grünanlagen, wasserwirtschaftliche Vorhaben usw. Auf Bauleistungen für Wirtschaftsbetriebe und echte Produktionsleistungen sind knapp 30 vH zu rechnen. Der

Rest verteilt sich auf kommunale, kulturelle und nicht näher erläuterte Zwecke.

Freiwillige Leistungen zum Wohle der Allgemeinheit sind sicher etwas Gutes, wenn auch seit Hitlers Zeiten ein übler Geruch an solchen Vorhaben haftet. Der als Verbraucher vom Staat skrupellos benachteiligte Staatsbürger wird über seine normale Arbeitszeit hinaus eingespannt für ein System, an das er nun wirklich nicht sein Herz verloren hat. Wo liegt da die Grenze zur Sklaverei? Die in Betrieben tätigen Strafgefangenen werden wenigstens bezahlt. Im NAW wird darauf verzichtet.

Dr. Walter Meier